



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 07.05.2015

AN/0772/2015

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	12.05.2015

Abschiebungen und Abschiebepaxis in Köln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

In Magdeburg, der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt, wurde am 24. Februar 2015 eine durch die Verwaltung erarbeitete „Leitlinie zur Durchführung von Abschiebungen und Rücküberstellungen durch die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Magdeburg“(1) in den dortigen kommunalpolitischen Beratungsprozess aufgenommen. Am 7. Mai entscheidet der dortige Rat über einen „wohl bundesweit einmaligen Versuch, den Prozess der Aufenthaltsbeendigung von Seiten der Verwaltung in allen Zügen transparent und nachvollziehbar“ zu gestalten. In der Leitlinie verpflichtet sich die Stadt Magdeburg, jeden Einzelfall als individuelles Schicksal anzusehen und verschiedene Aspekte, z. B. die Aufenthaltsdauer, in die Bewertung einfließen zu lassen. Der angestrebte Paradigmenwechsel in Magdeburg ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und einer am Einzelfall orientierten Abschiebepaxis.

Bundesweit werden immer mehr Menschen abgeschoben. Zu den Hauptzielregionen für Abschiebungen im Jahr 2014 zählten zudem die Westbalkanländer Serbien, Mazedonien und Kosovo. Wegen der massiven kumulativen Diskriminierungen, denen vor allem Minderheiten wie Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo ausgesetzt sind, hat die NRW-Landesregierung am 21.09.2010 einen sogenannten Sensibilisierungserlass an die Ausländerbehörden ausgegeben. Ausländerbehörden sollen eventuelle Rückführungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Kosovo mit Augenmaß prüfen und die besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls berücksichtigen. Am 22.12.2014 wurde diese Sensibilisierung der Auslän-

derbehörden durch einen erneuten Erlass noch auf die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien ausgeweitet. 15 nordrhein-westfälische Oberbürgermeister und Landräte richteten sich in einem gemeinsamen Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und kritisierten u. a. die Erlasse.(2) Der Brief wird in einer Stellungnahme des Flüchtlingsrates NRW vom 5. Mai 2015 scharf kritisiert. Köln hat sich dem Ansinnen des Briefes nicht angeschlossen.(3)

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Nach welchen Regelungen und Kriterien erfolgen in Köln die Abschiebungen bzw. wie bewertet die Verwaltung solche nachvollziehbaren und transparenten Leitlinien wie in Magdeburg?
2. Wie viele Abschiebungen aus Köln hat es jeweils in den Jahren 2010 bis 2014 und bisher im Jahr 2015 gegeben? Bitte unterscheiden Sie nach Anzahl, Staatsangehörigkeit, Zielstaat und wenn möglich nach Alleinstehenden, Ehepaaren und Familien mit Kindern.
3. In wie vielen Fällen wurde jeweils zuvor ein Gutachten zur Reisefähigkeit angefertigt, und in wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2010 bis 2014 Abschiebehaft angeordnet?
4. Finden in Köln Abschiebungen ohne vorherige Ankündigung des Termins statt, und wenn ja, wie viele Fälle waren davon in den oben genannten Jahren betroffen?
5. Werden in Köln die Erlasse des MIK angewendet, und wenn ja, wie funktioniert das in der Praxis?

(1) https://dl.dropboxusercontent.com/u/13130256/l0064_15_Anlage_Leitlinien_zur_Durchfuehrung_von_Abschiebungen_und_Rueckueberstellungen.pdf

(2) <http://www.welt.de/politik/deutschland/article140581503/Buergermeister-verlangen-mehr-Abschiebungen.html>

(3) <http://www.frnrrw.de/index.php/presse/item/4526-stellungnahme-des-fr-nrw-zu-einem-brief-der-15-oberbuergemeister-aus-dem-ruhrgebiet-an-hannelore-kraft>

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach